

Gymnasium – Garant für Zukunft

Das ist keine zufällig gewählte Formel aus unserer Mottokiste, sondern eine in ihren Implikationen weit reichende programmatische Idee. Aber sie ist inzwischen alles andere als selbstverständlich, man muss sie erklären – das allein schon belegt ihre Berechtigung. Davon noch wird die Rede sein, nicht nur hier im öffentlichen Auftaktplenum unserer Goslarer Zusammenkunft, sondern auch in Positionspapieren und Workshops heute und morgen. Die Ingenieure und – wenn es nach uns geht – auch Garanten solcher Zukunftsgestaltung sehe ich hier in großer Zahl vor mir sitzen, nicht nur Handwerker und Bauleiter, sondern auch Architekten und Geldgeber. Seien Sie alle aufs herzlichste zum Öffentlichen Teil unserer Tagung begrüßt!

Mein erster Gruß gilt der Kultusministerin, der ich danke, dass sie im Anschluss kurz zu uns sprechen und uns Auskunft geben wird, warum für sie gerade das Gymnasium innerhalb des gegliederten Schulsystems Niedersachsens nach wie vor wichtig ist. Mit ihr zusammen sind hochrangige Mitarbeiter ihres Ministeriums gekommen und unsere Gesprächspartner aus verschiedenen Abteilungen der Landesschulbehörde, an ihrer Spitze ihr Präsident Ulrich Dempwolf. Besonders freue ich mich, dass zum ersten Mal auch das NLQ unserer Einladung gefolgt ist und ich seine neue Präsidentin Elke Ricklick herzlich begrüßen darf.

Ihr Interesse an unserer Schulform bekunden die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages Kai Seefried (CDU) sowie Björn Försterling (FDP), Abgeordnete der Regierungsfractionen konnten es in diesem Jahr leider nicht einrichten zu kommen.

Auch Vertreter uns nahe stehender Schulleitungsorganisationen und Lehrerverbände haben den Weg nach Goslar gefunden: ich begrüße Horst Audritz, den Vorsitzenden des Philologenverbands, und Manfred Busch, den Vorsitzenden des Verbands niedersächsischer Lehrkräfte, ebenso herzlich wie Wolfgang Kuert vom Bündnis Gegliedertes Schulsystem. Matthias Kleiner vertritt die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, und für die Vereinigung der Elternräte an Gymnasien ist ihr Vorsitzender Hartwig Jeschke unserer Einladung gefolgt.

Zum zweiten Mal sind die Vorstandsmitglieder des Landeschülerrats, Timo le Plath und Brian Otten, unter uns. Darüber freuen wir uns besonders, denn auf diese Weise ist auch diejenige Gruppe vertreten, um die es uns allen eigentlich geht – die Schülerinnen und Schüler! Das sollten wir bei allen Irrungen und Wirrungen niemals vergessen, meine Damen und Herren.

Schließlich danke ich Christoph Türcke, meinem Hamelner Mitschüler aus gemeinsamen Zeiten am Schiller-Gymnasium Hameln, dass er unser Geschäft aus

philosophischer Perspektive in eine neue und damit in jedem Fall erhellende Beleuchtung rücken wird. Es wird uns allen gut tun, lieber Herr Türcke, wenn wir uns Ihrem fremden Blick stellen und möglicherweise etwas über die Begrenzungen und blinden Flecke unserer durch professionelle déformation eingeschränkten Wahrnehmung lernen können.

Verehrte Gäste: Wir blicken zurück auf ein Jahr, das uns bei der Rückabwicklung der Reform von 2004 bis 2011 an unterschiedlichsten Stellen in Atem gehalten hat. Ich erspare mir hier eine genauere Bilanz. Den Verantwortlichen sind die Dinge ohnehin bewusst und den Akteuren aus täglichem Erleben so vertraut, dass sie das nicht noch einmal hören wollen. Denn vieles ist da noch im Argen. Aber damit haben wir gerechnet, denn der Teufel wohnt immer im Detail und die bedrängende Wirkung von Wirklichkeit ereignet sich ohnehin immer nur im Konkreten. Also bei uns. Deshalb auch haben die Direktoren im vergangenen Jahr einmal mehr für das plädiert, was als Grundbedingung für ihre Qualitätsverantwortung nicht hintergebar ist: Zeit und Ressourcen: „Die NDV fordert eine Politik, die sich auf solche Maßnahmen beschränkt, die mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen tatsächlich umsetzbar sind. Es muss Schluss sein mit einer Politik der realitätsfernen Versprechungen und Illusionen.“ So konnte man es im August auf der Titelseite der Madsack-Presse lesen.

Das ist, meine Damen und Herren, der Kern unserer Agenda: Was man in der Praxis nicht erreichen kann, darf man der Öffentlichkeit politisch nicht versprechen. Solche Ehrlichkeit, die Verlässlichkeit meint, ist eigentlich selbstverständlich. Stattdessen fühlte man sich in den letzten Jahren oft an den Satz des Stuttgarter Oberbürgermeisters Rommel erinnert „Die Kunst der Politik besteht häufig darin, heiße Eisen mit fremden Fingern anzufassen.« Wir recht der Mann hat! Darüber wäre rückblickend viel zu sagen – denken wir nur an die Großbaustellen Inklusion und Beschulung von Flüchtlingen – ich möchte aber stattdessen über Zukunft sprechen, denn sie zu gestalten ist unser aller gemeinsame Aufgabe.

Gymnasium - Garant für Zukunft. Drei Begriffe, die sich Kontext geben. Ich frage zunächst ganz schlicht, was meinen wir mit „Zukunft“?

Da kann ich mich auf einen in diesem Kreis ganz unverdächtigen Gewährsmann berufen. Unser Ministerpräsident Stefan Weil erklärte mir im vergangenen Jahr auf seine erfrischend pragmatische Art, worin er den Unterschied zwischen Gesamtschulen und Gymnasium sieht: „Am Gymnasium“, so sagte er, „machen die meisten Schüler Abitur, nur wenige wechseln in eine direkte Berufsausbildung, an den Gesamtschulen ist es umgekehrt.“ Wir wären sehr zufrieden, wenn es darüber auch Konsens innerhalb des Kultusministeriums gäbe. Denn das wäre die ent-

scheidende Voraussetzung, wenn man, wie es immer wieder heißt, Bildungspolitik auch für Gymnasien machen will. Ich sage es hier deshalb noch einmal ganz deutlich: Unser Ziel ist die allgemeine Hochschulreife, sie zu vermitteln die Hauptaufgabe dieser Schulform innerhalb des gegliederten Schulsystems. Anders ergibt der §11 des NSchG keinen Sinn.

Frau Ministerin, Sie haben in der vergangenen Woche niedersächsische Schulen (Schneverdingen, Barnstorf, Wallenhorst) ausgezeichnet, die auf vorbildliche Weise die Anschlussfähigkeit ihrer Absolventen sichern und dafür von der Hertie-Stiftung prämiert wurden. „Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“, so haben Sie gesagt, „benötigen wir mehr denn je Schulen, die den Schülerinnen und Schülern ein möglichst gutes Rüstzeug mitgeben, um später in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.“ Wir würden uns freuen, wenn wir darin einig wären, dass in Analogie dazu ein gutes Gymnasium in allererster Linie den **erfolgreichen** Übergang an eine Universität oder Hochschule sichert.

Das leider ist seit Jahren immer häufiger nicht der Fall: Eine aktuelle Umfrage der NDV bei den niedersächsischen Hochschulen hat das bestätigt. Die Rückmeldungen sind, selbst wenn man Ähnliches schon gehört hat, doch bestürzend: „Die Klagen beziehen sich hauptsächlich auf eine unzureichende Beherrschung der deutschen Grammatik und Rechtschreibung (bei Muttersprachlern) sowie auf eine unzureichende Beherrschung der Mittelstufenmathematik“, so die Rückmeldung aus Hannover.

Hildesheim meldet: „Die Anwendung unterschiedlicher Sprachebenen fällt offensichtlich schwer, teilweise fehlt ein ausreichender aktiver Wortschatz (das korrespondiert mit der mangelnden Lesefähigkeit) sowie entsprechendes Ausdrucksvermögen inkl. adäquatem Satzbau. –Ferner mangelt es **eklatant** an der sicheren Beherrschung von deutscher Orthografie, Interpunktion und Grammatik.“

Zur Klarstellung: hier ist nicht von Fünftklässlern die Rede, sondern von Abiturienten.

Und zum Mathematikverständnis heißt es: „Es mangelt teilweise an der sicheren Beherrschung der vier Grundrechenarten, des Dreisatzes, der Prozentrechnung und häufig an der Fähigkeit, Gleichungen mit ein oder zwei Unbekannten zu lösen. Trotz Tutorien und Brückenkursen.“

Der Nachsatz zeigt, was derzeit Praxis ist: die Universitäten bringen ihren Anfängern das bei, was den Schulen aus unterschiedlichsten Gründen offenbar nicht gelungen ist.

Aber das ist der falsche Weg, denn hier werden Mittel benötigt, die dafür gar nicht vorgesehen sind und deshalb von den angehenden Studierenden eigentlich individuell zu tragen wären. Dies wäre – konsequent weitergedacht - ein entschiedener Schritt in die Privatisierung von Bildungssozialisation, wie sie etwa in der Zunahme von Privatschulen bereits beobachtet werden kann. Das kann niemand wollen. Auch deshalb lehnt etwa Prof. Beisiegel, die Präsidentin der Universität Göttingen, solche propädeutische Nachhilfe entschieden ab. Mit ihr habe ich vereinbart, dass die NDV zusammen mit der Landesrektorenkonferenz dieses für beide Seiten wesentliche Problem demnächst erörtern wird. Da die offizielle Politik hier seit Jahren nichts unternimmt, werden wir jetzt handeln, meine Damen und Herren. Es kann doch nicht sein, dass immer wieder Oberstufencurricula entworfen werden, ohne dass man die Hochschulen nach ihren konstitutiven Anforderungen auch nur befragt. Die allgemein bildende Schule, meine Damen und Herren, ist das einzige gesellschaftliche Subsystem, das es sich leistet, auf eine Steuerung auch durch Outputkontrolle zu verzichten. In den Rückmeldungen der Unis liegt eine Chance, damit zu beginnen. Das hieße zum Beispiel, Curricula und Prüfungsordnungen in grundsätzlicher Weise den Erfordernissen gesellschaftlicher Zukunft anzupassen.

Zugleich ist allen Beteiligten klar, dass der Therapieversuch viel früher ansetzen muss. Es geht um ein prinzipielles Umsteuern, das auch mit einem zu ändernden pädagogischen Credo zu tun hat. Denn grundlegend wäre zunächst die Einsicht, dass „Schule als gesellschaftliche Institution nicht aus der Fortschreibung der kindlichen Individualität und der kindlichen Bedürfnisse entsteht“, sie ist diesen vielmehr „entgegengesetzt, aber nicht um sie zu unterdrücken, sondern um sie herauszufordern.“ Diese Definition des Göttinger Pädagoge Hermann Giesecke (1995) hätte als regulative Idee für die Gestaltung einer Schule, die neben dem Fördern das Fordern und die Eigenverantwortung nicht vergisst, dienen können. Stattdessen setzte man gegen alle empirischen Befunde vor allem auf die Gestaltung eines schulischen Umfeldes, das vor allem fördern soll, aber in vielem überfordert ist, weil man – anthropologische Sachverhalte ignorierend - auch die Bringschuld der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern als notwendiger Teil gelingender Bildungssozialisation nicht mehr einfordert.

Das Gymnasium stand da, wo es erfolgreich war, immer für diese Art von Arbeitsteilung. Aber nun erleben wir eine Politik, die die Elemente von fachlicher Anforderung und Leistung systematisch abbaut. In einer unserer Resolutionen werden wir das zur Sprache bringen. Ich nenne nur stichwortartig, was wir erleben, sie werden das dann detaillierter nachlesen können:

- Abschaffung jeder Form verbindlicher Eingangskriterien: durch Wegfall der Grundschulempfehlung,
- Abschaffung der Normvorgabe, die Schullaufbahn bei fehlender Empfehlung und Nichtversetzung am Ende des Jgs. 6 zu korrigieren,
- Aufnahme von Schülern mit zieldifferenter Beschulung auch für Gymnasien – allein auf Wunsch der Eltern, was zur Aufgabe schulspezifischer Standards führt,
- Zuweisung von Schülern in Sprachlernklassen ohne den Versuch, ihre zukünftige gymnasiale Eignung zu prüfen,
- Wegfall der grundsätzlichen Belegungspflicht der 2. Fremdsprache in der Einführungsphase,
- Reduzierung der das Abitur vorbereitenden Klausuren in der Sekundarstufe II,
- Einführung von Präsentationen als Alternativprüfungen, die wegen der häuslichen Vorbereitung den Klausurcharakter jeder aussagekräftigen Prüfung unterlaufen,
- Planung zur Abschaffung der spezifischen Gymnasiallehrerausbildung

Die NDV fordert demgegenüber aus Verantwortung gegenüber der Zukunftsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler, **die spezifische Differenzqualität des gymnasialen Profils gegenüber allen andern Schulformen zu betonen. Dabei geht es um vier Kriterien: zielgleicher, wissenschaftspropädeutischer Unterricht nach dem Fachprinzip mit klarer durchgängiger Ausrichtung von Klasse 5 an auf den Abschluss der allgemeinen Hochschulreife als Bildungsziel.**

Der politische Wille, dies zumindest anzustreben, meine Damen und Herren, fehlt derzeit, er müsste sich in entsprechenden gesetzlichen und untergesetzlichen Entscheidungen zeigen.

Wir konstatieren das und sagen deshalb: Wer so agiert, will das Gymnasium abschaffen, wie es den Parteiprogrammen von SPD und Grünen seit Jahrzehnten entspricht. Nicht direkt passiert das, aber als innere Demontage. Wäre es nicht ein Gebot der Transparenz und der politischen Ehrlichkeit, sich zu den wirklichen Zielen zu bekennen, schon gar im Vorwahljahr. Wir werden Wege finden, das der Öffentlichkeit klar zu machen, meine Damen und Herren.

Unser Fazit: Niedersachsen ist dabei, auf den Weg zunehmender Leistungsabstinienz voranzuschreiten und das Gymnasium von innen her zu zerstören, das seine emanzipatorische Kraft gerade aus dem Leistungsgedanken gewonnen hat. Nicht Herkunft, sondern Fähigkeiten entschieden über Zukunftschancen – so die ur-

sprüngliche und damals revolutionäre Grundidee dieser Schulform. Es wäre also nötig, sich auf den Zentralbegriff jeder erfolgreichen Sozialisation zu besinnen: Eignung. Eine Schule, deren Curriculum von Beginn an wissenschaftspropädeutisch ausgerichtet ist, wird ihre Ziele nur erreichen, wenn sie Zugangsbedingungen definieren und durchsetzen darf. Eine Erfahrung, die überall in unserer Gesellschaft gilt. Im Übrigen, ich sage das mit allem Nachdruck, verpflichtet uns der §43 NSchG dazu, in diesem Sinne zu handeln. Wir sind im Begriff, diese schlichten Einsichten, die überall gelten, wo es auf Leistung ankommt, zu vergessen. Eine Pädagogik aber, die dies ignoriert, wird gerade das ihren Kindern schuldig bleiben, was sie hauptsächlich erreichen müsste: Zukunftsfähigkeit.

Ich habe vor zwei Jahren von hier aus manches schon sehr deutlich angemahnt, leider blieb das Meiste davon ungehört. Uns geht es als Direktorenvereinigung nicht um die Umsetzung politischer Programme, wir sind auch von keinerlei Wählern abhängig. Nein, uns geht es einzig und allein um die Kinder und Jugendlichen, denen wir Zukunft versprechen wollen – und auch garantieren, wenn wir denn die Möglichkeiten dafür im beschriebenen Sinne erhalten. Solide Schulentwicklung dauert länger, als es der Pulsschlag von Legislaturperioden zulässt, auch deshalb habe ich in den vergangenen Jahren mehrfach einen überparteilichen Konsens angemahnt. Wie dem auch sei: Es gilt nach wie vor, was ich 2015 an dieser Stelle gesagt habe: „Wir verkennen nicht, dass die Gestaltung eines guten Bildungssystems eine durchaus komplexe Aufgabe ist, die in der Öffentlichkeit weit- hin unterschätzt wird. Aber Qualität können wir nur gemeinsam erreichen, deshalb biete ich Ihnen einmal mehr unsere Zusammenarbeit an.“ Das gilt. Auch für 2017 und die Jahre danach. Wir sind nolens volens mit im Boot, das ist keine Frage, aber Kurs und Arbeitsbedingungen der Besatzung können uns nicht egal sein, wenn wir den Kurs „Zukunft“ verfolgen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die uns anvertrauten Kinder und wollen ihr gemeinsam gerecht werden.

Ich danke Ihnen!